

Ressort: Politik

Union und SPD wollen Crowdfunding weniger stark regulieren

Berlin, 10.04.2015, 16:00 Uhr

GDN - Die Crowdfunding-Branche kann auf eine weniger starke Beschränkung der sogenannten "Schwarmfinanzierung" hoffen. Bundesrat und Bundestag haben Einwände gegen die Pläne der Bundesregierung angemeldet, der Unternehmensfinanzierung durch zahlreiche Kleinanleger engere Grenzen zu setzen, schreibt der "Spiegel" in seiner am Samstag erscheinenden Ausgabe.

Die Finanzexperten der Regierungsfractionen arbeiten deshalb nun an einem Kompromiss zu den strittigen Punkten des geplanten Kleinanlegerschutzgesetzes. Nach dem Willen der Regierung sollen Firmen, die vom Schwarm mehr als eine Million Euro einsammeln, einen Wertpapierprospekt bei der Finanzaufsichtsbehörde BaFin vorlegen. Diese Schwelle wollen Politiker der Regierungsfractionen nun deutlich anheben. Auch ein Werbeverbot für Crowdfunding-Projekte in sozialen Netzwerken möchte die Unionsfraction kippen. Das Gesetz zum Kleinanlegerschutz, das auch die Crowdfunding-Branche reguliert, soll am 23. April vom Bundestag beschlossen werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-52751/union-und-spd-wollen-crowdfunding-weniger-stark-regulieren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619